

## EINLADUNG

### 11. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung und Diversity

---

**Sitzungstermin:** Dienstag, 06.09.2022, 17:30 Uhr

**Raum, Ort:** BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

---

#### Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme der Niederschriften 9. Und 10. Sitzung
- 3 Wirtschaftsförderung im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf – Jetzt und in der Zukunft
- 4 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 5 Standortentwicklung durch Quartiersmanagement in der Wirtschaftsförderung  
Fraktion DIE LINKE **1208/5**
- 6 Keine Kürzungen am bezirklichen Integrationsfonds!  
Fraktion DIE LINKE (*Int m. i.g.F. angen., Haush ffd*) **0054/6**
- 7 Stellen im Bezirksamt zügig besetzen  
Fraktion DIE LINKE **0086/6**
- 8 Klatschen reicht nicht – Ehrung systemrelevanter Beschäftigter  
Fraktion DIE LINKE **1677/5**
- 9 Entwicklung eines Gesprächsformates zur Abstimmung von Leitlinien für angemessene Gewerbemieten  
CDU-Fraktion **0105/6**
- 10 Zivile Schutzräume schaffen  
FDP-Fraktion **0124/6**
- 11 CW kann queer – digitalen Regenbogen umsetzen  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **0164/6**

- |    |  |               |
|----|--|---------------|
| 12 | LSBTI-Ansprechperson im Bezirk schaffen!<br>Fraktion DIE LINKE                                   | <b>0168/6</b> |
| 13 | Öffentlichkeit der BVV sicherstellen - Livestream dauerhaft<br>finanzieren<br>Fraktion DIE LINKE | <b>0180/6</b> |
| 14 | Verschiedenes  |               |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Ausschussvorsitzender  
Karsten Sell

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion DIE LINKE  
Juckel/Schenker

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 1208/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Standortentwicklung durch Quartiersmanagement in der Wirtschaftsförderung**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, Gewerbetreibende, Freiberufler\*innen, kleine Unternehmen sowie Standort- und Interessengemeinschaften u.ä. im Bezirk durch die Bereitstellung eines Budgets in Höhe von insgesamt 10.000 Euro je Stadtteil zu stärken. Durch das Budget sollen standortnahe Projekte von kleineren ortansässigen Akteur\*innen der Wirtschaft unterstützt werden.

Über die Bewilligung der Projekte entscheidet eine Jury aus unternehmerisch tätigen Bürger\*innen, die im Stadtteil leben und/oder arbeiten. Die Jury ist alleiniges Entscheidungsgremium über Vergabe der Mittel. Die Mitglieder werden vom zuständigen Bezirksamtsmitglied für die bezirkliche Wirtschaftsförderung berufen.

Gewerbetreibende, Freiberufler\*innen, kleine Unternehmen sowie Standort- und Interessengemeinschaften u.ä. können Anträge zur Realisierung von Projekten stellen, die der Entwicklung der (gewerblichen) Infrastruktur ihres Stadtteils dienen.

Die Budgetverwaltung erfolgt über mindestens eine zusätzliche Stelle in der bezirklichen Wirtschaftsförderung. Diese berät und unterstützt die Antragsstellenden und die Jury.

Die Wirtschaftsförderung evaluiert die Projekt- und Standortentwicklung und unterstützt das Standortmanagement durch die Erhebung von Daten (bspw. zur Struktur, zu Cluster oder zur Nutzung von Gewerbeflächen in Verbindung mit Leerstandsanalysen).

Die BVV ist in einem jährlichen Bericht über die Analysen der Entwicklung in den Stadtteilen (Arbeits- und Ausbildungsplätze, Entwicklung haushaltsnahe Dienstleistungen, Branchenmix, Entwicklungsschwerpunkte, verkehrliche Belastungen) zu informieren.

Der BVV ist bis zum 31.12.2019 zu berichten.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion DIE LINKE  
Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0054/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Keine Kürzungen am bezirklichen Integrationsfonds!**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Finanzen dafür einzusetzen, dass der bezirkliche Integrationsfonds über das Jahr 2022 hinaus in der derzeitigen Höhe von insgesamt 9,2 Mio. Euro erhalten bleibt, um die weiterhin erforderlichen, bezirklichen Strukturen für die Unterstützung des Ankommens Geflüchteter und den langfristigen Integrationsprozess im Sozialraum zu stärken und gesellschaftliche Teilhabe abzusichern.

Der BVV ist zum 10.03.2022 zu berichten.

Begründung:

Der bezirkliche Integrationsfonds als Teil des Gesamtkonzepts für Partizipation und Integration der Senatsverwaltung wurde mit dem Ziel entwickelt, in den Bezirken Strukturen für den Prozess des Ankommens und den langfristigen Integrationsprozess im Sozialraum zu befördern. Dazu zählen die Verstärkung des bestehenden Angebots sowie eine bessere Anpassung der Regelstrukturen an die Bedarfe von Geflüchteten im Sinne einer interkulturellen Öffnung. Die finanzierten Strukturen und Projekte richten sich zielgruppenübergreifend an Geflüchtete, bereits länger ansässige Anwohner:innen sowie Einrichtungen, die zur Integration und Partizipation Geflüchteter beitragen. Die Zukunft des bezirklichen Integrationsfonds über das Jahr 2022 hinaus ist bisher nicht gesichert. Berlin wird aber auch in den nächsten Jahren ein Ort des Ankommens von Geflüchteten bleiben. Gemeinsam mit über 280 anderen Kommunen hat sich die Stadt zum Sicheren Hafen für Menschen auf der Flucht erklärt. Dieses elementare humanitäre Engagement muss auch auskömmlich finanziert werden. Mit der Fortfinanzierung des Integrationsfonds sichern wir die über Jahre gewachsenen Willkommensstrukturen im Bezirk und ermöglichen Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte das

Ankommen, Kennenlernen und nicht zuletzt die Partizipation in einer Gesellschaft im stetigen Wandel.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 0086/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

**Stellen im Bezirksamt zügig besetzen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, dem zuständigen Ausschuss eine Übersicht zu allen unbesetzten sowie langfristig bekannten Stellenneubesetzungen (bspw. bei altersbedingtem Ausscheiden) quartalsweise schriftlich vorzulegen.

Die Vorlage soll folgende Informationen enthalten:

- Übersicht nicht besetzter Stellen und zu erwartender Abgänge und Aufwüchse getrennt nach Abteilungen und Fachämtern sowie gesonderten Wirtschaftsplänen
- Informationen zum Stand der Ausschreibung, insbesondere wann eine Stellenbesetzung erfolgen soll, ob eine Ausschreibung erfolgt ist bzw. Erläuterung, warum keine Ausschreibung erfolgt

Der BVV ist erstmalig zum 31. März 2022 zu berichten.

Begründung:

erfolgt mündlich

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/ Schenker/ Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 1677/5**

Beratungsfolge:

*Datum*            *Gremium*

BVV

**Klatschen reicht nicht – Ehrung systemrelevanter Beschäftigter**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine Ehrung systemrelevanter Beschäftigter durchzuführen, die im Bezirk leben oder arbeiten – als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für ihr Engagement insbesondere während der COVID-19-Pandemie. Für ihre herausgehobenen Leistungen sollen die Beschäftigten an einem ebenso herausgehobenen Ort wie dem Schloss Charlottenburg geehrt werden.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

**Begründung:**

Mit dem Beginn der Covid-19-Pandemie sind die Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Auf Bundesebene wird derzeit über eine Bonuszahlung in Höhe von 1000,- EUR diskutiert. Dieser Betrag genügt nicht mal annähernd, um der nicht erst seit Beginn der Pandemie geleisteten Arbeit der Beschäftigten in systemrelevanten Bereichen Rechnung zu tragen. Es sind insbesondere die Menschen in systemrelevanten Berufen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Und dennoch erhalten sie eine immer noch viel zu niedrige Entlohnung, die ihrer enormen Leistung unter überwiegend schlechten Arbeitsbedingungen in keiner Weise gerecht wird.

Der Bezirk steht in der gesellschaftlichen Pflicht, diese Menschen zu ehren, ihnen in einem offiziellen und öffentlichen Rahmen danke zu sagen und ihnen damit die entsprechende Anerkennung und Wertschätzung, die sie verdienen, entgegenzubringen. Klatschen allein reicht nicht!

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
CDU-Fraktion  
Häntsch/Sandvoß

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 0105/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Entwicklung eines Gesprächsformates zur Abstimmung von Leitlinien für angemessene Gewerbemieten**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Gesprächsformat für Gewerbeflächenvermieter zu entwickeln, mit den folgenden vorrangigen Zielen:

- Abstimmung von Leitlinien für angemessene Gewerbemieten;
- Möglichkeiten für zahlbare Mieten für Gründerinnen und Gründer, Kleinbetriebe aber auch Handwerksunternehmen sollen im Vorfeld untersucht und Wege diese darzustellen aufgezeigt werden;
- Mieterinnen und Mietern soll eine langfristige Perspektive ermöglicht werden, so dass Investitionen und Qualitätssicherung vor Ort getätigt werden können;
- Förderung von Vielfalt im Sinne der Gewerbeziele;
- Unterstützung von freien Trägern im Bezirk
- Werbung für den Handels- und Gewerbestandort Charlottenburg-Wilmersdorf.

Begründung:

Mieterinnen und Mieter stehen vermehrt vor Herausforderungen, für den Geschäftszweck passende und erschwingliche Gewerbeflächen zu finden, die ihnen eine langfristige Geschäftsperspektive ermöglichen.

Im Sinne der Willkommenskultur für die Wirtschaft inklusive des Handwerks werden freiwillige Vereinbarungen als zielführendes Mittel erachtet, um die aktuellen Herausforderungen zu lösen.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
FDP-Fraktion  
Recke/Heyne

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0124/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Zivile Schutzräume schaffen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Senat von Berlin zu prüfen, ob Schutzräume für die Zivilbevölkerung, die im Einvernehmen zwischen Bund und Ländern im Jahr 2007 aufgegeben wurden, reaktiviert werden können. Hierzu ist eine vollständige Bestandsaufnahme der noch vorhandenen Schutzräume vorzunehmen. Weiterhin ist zu prüfen, ob vorhandene öffentliche Tiefgaragen zu Zivilschutzräumen ertüchtigt werden können und ob bei Neubauvorhaben mit Tiefgarage diese bereits in der Planung als Schutzraum ausgebildet werden können.

Begründung:

Der grausame Krieg in der Ukraine zeigt, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, auch wenn sich das bisher niemand real vorstellen konnte. Berlin muss für seine Bürgerinnen und Bürger Vorsorge treffen und jederzeit vorbereitet sein. Zivile Schutzräume gehören zum Zivil- und Katastrophenschutz hinzu.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Weise

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 0164/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**CW kann queer – digitalen Regenbogen umsetzen**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, an leicht aufzufindender Stelle eine Sammlung von Treffpunkten, Projekten und Initiativen sowie Beratungsangeboten für LSBTIQ\* im Bezirk anzulegen und auf seiner Webseite schnellstmöglich zugänglich zu machen. Dabei sollten auch vom Land finanzierte und geförderte Projekte aufgeführt sein. Auf dieses Verzeichnis sollte auch durch die Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksamtes hingewiesen werden.

Auch soll die queere Geschichte von Charlottenburg-Wilmersdorf mit Hilfe des Bezirksmuseums und dem Büro für Stadtvermittlung Poligonal umrissen werden.

Diese Auflistung sollte Kontaktdaten der jeweiligen Ansprechpartner\*innen beinhalten. Die Veröffentlichung von Adressen und Telefonnummern erfolgt nur nach Absprache mit den entsprechenden Treffpunkten, Vereinen und Projekten.

Die Informationen sind mindestens zweisprachig – in Deutsch und englisch – zu veröffentlichen. Darüber hinaus ist zu prüfen, in welchen weiteren Sprachen die Informationen zugänglich gemacht werden sollten.

Hierbei sind insbesondere auch Geflüchtete in den Blick zu nehmen. Spezifische Angebote für geflüchtete LSBTIQ\* sind ebenfalls aufzunehmen.

Der BVV ist bis zum 30.11. 2022 zu berichten.

Begründung

Es gibt es, das queere Leben in Charlottenburg-Wilmersdorf und auf der Webseite des Bezirks, die Explizit „Informationen zum Queeren Leben in CW“ heißt, finden sich seit Längerem aber keine konkreten Informationen zu Projekten, Initiativen, Beratungsangeboten und Treffpunkten für die LGBTIQ-Community. Nicht mal bedeutende queere Ge-

schichte wie Magnus Hirschfeld, der erste CSD in Berlin oder auch die Anfänge der AIDS-Hilfe werden erwähnt. Es muss aber Ziel sein, dass LSBTIQ\*-Personen alle im Bezirk verfügbaren Angebote auf einen Blick finden können. Die Sichtbarkeit der Angebote wird so erhöht und die Hemmschwelle für queere Menschen gesenkt. Dies gilt insbesondere für LSBTIQ\* mit Migrations- und Fluchtgeschichte.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 0168/6**

Beratungsfolge:

*Datum*            *Gremium*

BVV

**LSBTI-Ansprechperson im Bezirk schaffen!**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, eine Stelle mit mindestens 75 % Stellenanteil (entsprechend der Empfehlung des Rates der Bürgermeister:innen) für eine Ansprechperson für Lesben, Schwule, bisexuelle, transgender und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) zu schaffen. Erforderliche Mittel sind beim Senat anzufordern.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

**Begründung:**

Die IGSV (Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt" der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung) sieht vor, dass sowohl alle Senatsverwaltungen als auch die Bezirke IGSV-Ansprechpersonen benennen (Beschluss des Abgeordnetenhauses (DS 18/1220 resp. 18/1434): „Der Senat wird sich daher über den Rat der Bürgermeister\*innen dafür einsetzen, dass die Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt durch je eigene bezirkliche Maßnahmen flankiert und unterstützt wird. Auch in den Bezirksämtern ist für die Umsetzung der IGSV eine Ansprechperson zu benennen.“

Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist bislang keine Ansprechperson für Lesben, Schwule, bisexuelle, transgender und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) sichtbar.

## Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:
----------

**Antrag**

**DS-Nr: 0180/6**

Beratungsfolge:
-----------------

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

## Öffentlichkeit der BVV sicherstellen - Livestream dauerhaft finanzieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die Übertragung der BVV über einen Livestream im Internet dauerhaft sicherzustellen. Dazu sind entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung: Erfolgt mündlich.